Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin
Senatskanzlei

BERLIN

Datenschutzhinweise

Der Umgang der Bürgerberatung mit Ihren Daten und Ihre Rechte
Informationen nach Artikeln 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung - DS-GVO

Hierdurch werden Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Bürgerberatung und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte informiert. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach dem Zweck, mit dem Sie sich an die Bürgerberatung wenden (insbesondere zur Beantwortung Ihrer Fragen bzw. zur Klärung Ihres Anliegens).

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin - Senatskanzlei
Chef der Senatskanzlei - Dr. Severin Fischer
Jüdenstraße 1
10178 Berlin
Telefon: +49 (0)30 / 9026 - 0
E-Mail: datenschutz@senatskanzlei.berlin.de

Sie erreichen unsere/n **Datenschutzbeauftragte/n** unter:

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin - Senatskanzlei
- Datenschutzbeauftragte/r -
Jüdenstraße 1
10178 Berlin
Telefon: +49 (0)30 / 9026 - 0
E-Mail: behDSB@senatskanzlei.berlin.de

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Personenbezogene Daten sind nach Art. 4 Nr. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, Adresse und anderen Kontaktdaten oder zu einem oder mehreren persönlichen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

Die Bürgerberatung verarbeitet im Rahmen ihrer Leistungserbringung in der Regel neben Kontaktdaten wie Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse auch weitere Angaben und Informationen zu persönlichen oder beruflichen Verhältnissen, die sie von Ihnen im Rahmen Ihrer Anfrage erhält, um mit Ihnen in Kontakt treten zu können und Ihre Anfrage zu beantworten bzw. Ihr Anliegen zu bearbeiten.

Zudem verarbeitet die Bürgerberatung personenbezogene Daten, die sie zur Klärung Ihres Anliegens von anderen Verwaltungsdienststellen und Institutionen oder von sonstigen Dritten zulässigerweise (z. B. aufgrund einer erteilten Vollmacht) erhält.

In vielen Fällen ist es im Rahmen der Tätigkeiten nicht möglich bzw. unverhältnismäßig, mit anonymisierten oder pseudonymisierten Daten zu arbeiten.

3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher rechtlichen Grundlage?

Wir verarbeiten Ihre Daten insbesondere zur Beantwortung Ihrer Anfragen bzw. zur Klärung Ihres Anliegens. Welche Daten dabei im Einzelnen verarbeitet werden, richtet sich maßgeblich nach dem Zweck, mit dem Sie sich an die Bürgerberatung wenden.

Die Bürgerberatung verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten unter Wahrung des Datenschutzes und nutzt diese nur für die Durchführung des Verfahrens zur Klärung Ihres Anliegens im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen aufgrund einer der nachfolgend aufgeführten Rechtsgrundlagen:

a) Soweit Sie der Bürgerberatung eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für die Klärung Ihres Anliegens erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben (Art. 6 Abs.1 S. 1 lit. a) DSGVO),
b) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. c) DSGVO),
c) zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO).

4. Wer bekommt meine Daten (Empfänger)?	Zur Beantwortung Ihre Anfrage bzw. zur Klärung Ihres Anliegens kann es je nach Sachlage erforderlich sein, Daten zu Ihrer Person auch an andere Verwaltungsdienststellen und/oder Institutionen zu übermitteln, um zur Klärung des Sachverhaltes eine Stellungnähme einzuholen. Gegebenenfalls ist die Bürgerberatung für Ihre Anfrage nicht zuständig, sodass es erforderlich ist, Ihre Eingabe an die zuständige Stelle weiterzuleiten. In diesem Fall werden Sie darüber informiert, dass Ihre Anfrage/ Ihr Anliegen an die zuständige Stelle abgegeben wurde.
5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?	Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), sog. Drittstatten findet nicht statt.
6. Wie lange werden meine Daten gespeichert?	Soweit sich aus gesetzlichen Aufbewahrungsfristen nichts anderes ergibt, löschen wir Ihre Daten fünf Jahre nach abschließender Beantwortung der Anfrage bzw. Erledigung Ihres Anliegens bzw. im Falle weiterer Anfragen fünf Jahre gerechnet ab Ihrer letzten Anfrage.
7. **Welche Datenschutzrechte habe ich (Betroffenen-rechte)?**	Jede betroffene Person hat gegenüber der Senatskanzlei das Recht • auf **Auskunft** über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten (dazu gehören auch Auskünfte über Zweck, Empfänger und Dauer der Speicherung) (Art. 15 DSGVO), • das Recht auf **Berichtigung** unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), • das Recht auf **Löschung** (Art. 17 DSGVO), • das Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** und **Datenübertragbarkeit** (Art. 18 und 20 DSGVO) sowie • das Recht auf Widerspruch gegen eine Verwendung für Marketingzwecke und aufgrund einer Verarbeitung berechtigten Interesses (Art. 21 DSGVO). Legen Sie Widerspruch ein, wird die Bürgerberatung Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten. Eine einmal erteilte **Einwilligung** kann jederzeit gegenüber der Senatskanzlei mit Wirkung für die Zukunft **widerrufen** werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt. In diesem Fall können wir Ihnen möglicherweise mit Ihrem Anliegen nicht mehr helfen. Der Widerruf ist zu richten an die in Ziff. 1 genannte Kontaktadresse (Datenschutzbeauftragte/r). Zur Wahrung aller in dieser Ziffer genannten Rechte kann sich jeder Betroffene an den/die Datenschutzbeauftragte/n der Senatskanzlei (siehe Ziffer 1) wenden. Zudem können Sie sich - wenn Sie der Auffassung sind, dass die Bürgerberatung bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat - mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Betroffene können ihre Beschwerde an die Behörde ihres Wohnsitzes, grundsätzlich aber auch an jede andere Datenschutzaufsichtsbehörde richten. Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde für die Senatskanzlei ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die sie wie folgt kontaktieren können: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Friedrichstraße 219 10969 Berlin Telefon: +49 (0)30 / 13889 - 0 E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de
8. Besteht für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?	Es besteht keine Verpflichtung personenbezogene Daten bei Anfragen bzw. Anliegen der Bürgerberatung zur Verfügung zu stellen. Eine Beantwortung Ihrer Anfrage/ Ihres Anliegens kann allerdings nur erfolgen, wenn wir mit Ihnen Kontakt aufnehmen können.
9. Besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung oder eine Profilbildung?	Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet ebenso wie das Erstellen von Nutzerprofilen (Profilbildung/Profiling) gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO nicht statt.